

## Den Krieg in Afghanistan beenden - zivil helfen!

Wir fordern von Bundestag und Bundesregierung

- den Stopp aller Kampfhandlungen
- den sofortigen Beginn des Abzugs der Bundeswehr aus Afghanistan,
- den Einsatz der frei werdenden Gelder zur Verbesserung der Lebensbedingungen der afghanischen Bevölkerung nach deren Bedürfnissen.

So haben ein selbstbestimmter Friedensprozess und der zivile Aufbau in Afghanistan eine Chance.

Vor- und Zuname	Anschrift	Unterschrift

Die Unterschriftensammlung wird von einem breiten Bündnis der deutschen Friedensbewegung getragen. Zu den ErstunterzeichnerInnen gehören u.a. folgende bundesweite Organisationen:

Arbeitsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) \* Bundesausschuss Friedensratschlag \* Bund für Soziale Verteidigung (BSV) \* Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) \* Internationaler Versöhnungsbund - Deutscher Zweig e.V. \* Juristinnen und Juristen gegen atomare, biologische und chemische Waffen (IALANA) \* Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung e.V. (IPPNW) \* Kooperation für den Frieden \* Naturwissenschaftlerinitiative für Frieden und Zukunftsfähigkeit \* pax christi, Internationale Katholische Friedensbewegung, Deutsche Sektion \* Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA)

Bitte einsenden an: Friedens- und Zukunftswerkstatt, c/o Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Straße 69 –77, 60329 Frankfurt am Main oder: Netzwerk Friedenskooperative, Römerstr. 88, 53111 Bonn; im Netz: [www.frieden-und-zukunft.de](http://www.frieden-und-zukunft.de)



**Viva la Solidaridad!** - Die "Cuban Five" werden in den USA wegen

ihres Kampfes gegen antikubanischen Terror gefangen gehalten. Die fünf Kubaner wurden am 12. September 1998 in den USA verhaftet und zu ungerechten, ungewöhnlich schweren Strafen verurteilt, weil sie - **freiwillig und unbewaffnet** - den von Miami aus gegen Kuba operierenden Terrororganisationen auf der Spur waren. Im Juni 1998 hatten die kubanischen Behörden ihre Erkenntnisse an das FBI mit dem Ersuchen um Strafverfolgung der Terroristen übergeben. Den Fünf war es gelungen, in über 170 Fällen Anschläge zu verhindern. Statt jedoch gegen die terroristischen antikubanischen Organisationen in den USA vorzugehen, zogen es die US-Behörden vor, gegen die Fünf zu ermitteln, sie zu ver-

haften und vor Gericht zu stellen. Sie wurden in einem unfairen Verfahren in Miami verurteilt. Weder Zeugenaussagen **hochrangiger US-Militärs** zu Gunsten der Angeklagten, noch die mangelnde Beweislage seitens der Staatsanwaltschaft änderten etwas am vorausbestimmten Ausgang des Verfahrens. Die Militärs hatten übrigens ausgesagt, dass von den Fünf keine "Regierungs- oder Militärgheimnisse ausspioniert" wurden und sie auf den ihnen zur Last gelegten Abschluß von zwei Kleinflugzeugen (die in den kubanischen Luftraum eingedrungen waren) keinen Einfluß hatten. Erst nach internationalen Protestbriefen, auch von **Amnesty International**, wurden sie aus wiederholter, folterähnlicher **Isolationshaft** entlassen.

**Sie brauchen unsere Solidarität!**

ANTONIO \* GERARDO \* RAMON \* FERNANDO \* RENE

**Freiheit für die Cuban 5!**

JETZT! - NOW! - AHORA!

[www.miami5.de](http://www.miami5.de)

In rund 80 Ländern der Welt (sogar in den USA, selbst in Miami) gibt es heute mehr als 200 Solidaritätskomitees, die diesen Prozess als politisch beeinflusstes Verfahren sehen und der US-amerikanischen Justiz schwere Menschenrechtsverletzungen und Rechtsbeugung vorwerfen. Sie setzen sich für die rechtsstaatliche Behandlung und Freilassung der Fünf ein. Unter ihnen sind der ehemalige **Justizminister der USA Ramsey Clark**, Mary Robinson, Staatspräsidentin Irlands und **UN-Hochkommissarin für Menschenrechte**, 10 Nobelpreisträger (u.a.: Dario Fo und Günter Grass). Mit Recht fordern alle für die allseitige Wahrung der Menschenrechte eintretenden Kräfte:

- ★ die sofortige und bedingungslose Freilassung der fünf Kubaner aus der politischen Gefangenschaft der USA,
- ★ die Beendigung und Verurteilung der antikubanischen Terrorakte und der Subversion seitens der USA und der von ihnen unterstützten Organisationen und Gruppierungen
- ★ die Verurteilung der systematischen Verletzung der Menschenrechte, einschließlich der Misshandlung der Gefangenen auf der USA-Militärbasis Guantanamo
- ★ die unmittelbare, vollständige und bedingungslose Aufhebung der Wirtschaftsblockade gegen Kuba
- ★ Aufhebung aller Sanktionen gegen Kuba und die sofortige Wiederherstellung normaler Beziehungen zu Kuba

# FRANKFURTER STADTZEITUNG

Zeitung der  
**Deutschen Kommunistischen Partei**  
Frankfurt am Main  
Antikriegstag 2010



Bundeswehreinsätze, nicht nur am Hindukusch:

## sparen - am Leben verdienen - am Tod

Für den Nürnberger Konzern Diehl hat sich die Wirtschaftskrise kaum bemerkbar gemacht.

Diehl – baut Diehl etwa Uhren?

Ja, daher kennt man die Firma, hat einmal Uhren gebaut, doch mit Uhren ist kein Geld mehr zu verdienen.

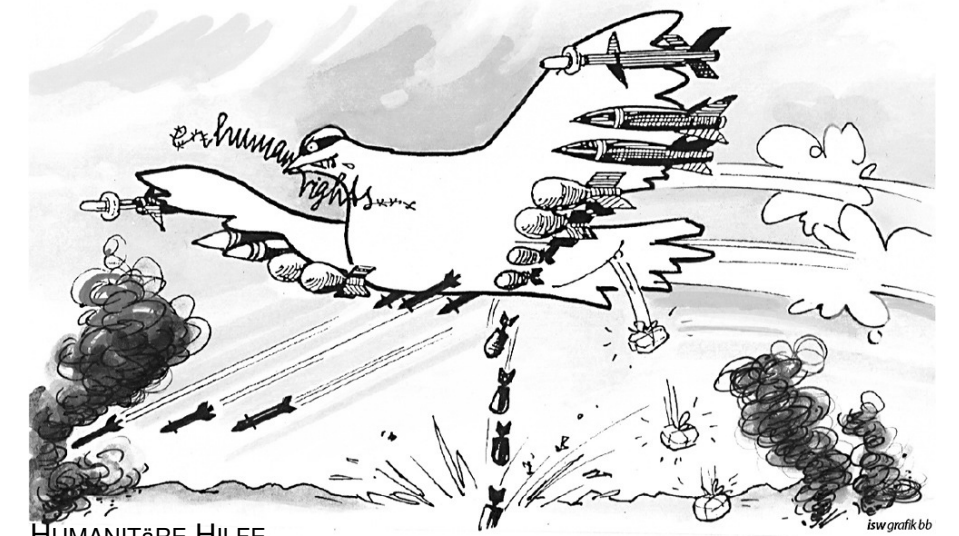
Die Firma Diehl hat bereits während des Faschismus ihre Betriebe aufgebaut und schon am zweiten Weltkrieg gut verdient. Diehl zählt heute zu den wichtigsten Ausrüstern der Bundeswehr und der NATO-Streitkräfte.

Die Firma Diehl baut Lenkflugkörper, intelligente Munition und Gleisketten.

Diehl ist ein deutscher Rüstungskonzern, der nach seinen eigenen Angaben in der Produktion breit aufgestellt ist.

Die Jahresbilanz 2009 weist eine Steigerung des Jahresumsatzes um 3,6 Prozent auf 2,205 Milliarden Euro aus, für 2010 erwartet man einen Gesamtumsatz von 2,4 Milliarden Euro.

Für die drei Diehl-Brüder arbeiten weltweit 12.212 Arbeiter und Angestellte.



HUMANITÄRE HILFE

isw – Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.

**Gewinn stieg von 42 auf 58 Millionen.**

Das beste Geschäft macht Diehl mit der Rüstung. Dieser Konzernbereich läuft unter der Bezeichnung "Defence" [VERTEIDIGUNG]. Hier stieg der Umsatz von 608 auf 693 Millionen. Für das neue Jahr werden 740 Millionen erwartet. Trotz des Gewinns von 58 Millionen erhielt Diehl vom Bundesverteidigungsministerium für

Forschung einen Zuschuss von 32 Millionen Euro.

Die Rüstungsindustrie scheut die Öffentlichkeit wie der Teufel das Weihwasser.

Sie verstecken ihre Produkte hinter englischen bzw. wohlklingenden Namen. Deutschland liegt auf dem 3. Platz der Rüstungsexportationen.

Wir sehen am Beispiel der Firma Diehl,

Fortsetzung S. 2

## Wir sollen für ihre Krise zahlen ...

In der Krise sind die Staatsausgaben durch massive Geschenke und Rettungsschirme für Banken und Konzerne explosionsartig gestiegen. Die Staatsschulden stiegen *dadurch* extrem an.

Jetzt soll das Geld von der einfachen Bevölkerung zurückgeholt werden.

Dafür hat die Bundesregierung kurz vor der Fußball-WM die Sparbeschlüsse verabschiedet.

Wen treffen diese Sparbeschlüsse besonders? Schauen wir uns das

Fortsetzung S. 2

Lieber  
die Faust  
auf den Tisch,  
als die Hände  
in die Tasche!

**DKP**



Fortsetzung von S.1 „sparen - am Leben verdienen - am Tod“

dass die Rüstung blüht und:

Wir müssen Alles tun,

★ damit die Interessen der arbeitenden Menschen gegen die

Profitinteressen durchgesetzt werden,

★ damit nicht wir die Krise des Kapitalismus bezahlen müssen



Fortsetzung von S.1 „Wir sollen für ihre Krise zahlen“

mal für den Zeitraum von 2001 – 2014 an:

**Die Sozialausgaben sollen um 32,3 Milliarden Euro** gekürzt werden. Hartz-IV-Empfängern sollen das Elterngeld und den Rentenzuschuß gestrichen werden; Arbeitslose und Geringverdiener betrifft der Wegfall des Übergangsgeldes von ALG I zu ALG II, die Einsparungen bei der Agentur der Arbeit, der Wegfall des Heizkostenzuschusses und Einsparungen beim Elterngeld.

**In der Verwaltung sollen 18,2 Milliarden Euro** gespart werden - zum Beispiels durch Streichung von 15.000 Stellen beim Bund.

**Bei Bahn AG und Verkehrsministerium sollen 3,1 Milliarden Euro** gespart werden durch Kürzungen bei den dringend benötigten Verkehrsstrukturmaßnahmen.

**Die DKP hat da bessere Ideen:**

1. Wiedereinführung der Vermögensteuer und stärkere Besteuerung großer Erbschaften, höhere Spitzensteuersätze sowie eine Kapitalverkehrssteuer. Selbst das Steuersystem aus der Zeit Helmut Kohls brächte heute jährlich 100 Milliarden Euro höhere Steuereinnahmen.

2. Eine Überführung der privaten Banken in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle ist vor dem Hintergrund jüngster Erfahrungen in der Krise zwingend. Durchgesetzt werden muss eine qualifizierte Mitbestimmung der Belegschaften und ihrer Gewerkschaften. Die Mitbestimmung muss über Arbeitsplätze, Produktionsstätten, die Produktion selbst und die Verwendung der erwirtschafteten Gewinne wirksam entscheiden.

3. Sofortiger Rückzug aller Soldaten hinter die Grenzen der BRD! Die Kosten der Rüstung und der

Auslandseinsätze -über 30 Milliarden Euro jährlich- sind für die Bildung und Ausbildung der Jugend zu nutzen.

4. Bildung muss zu einer zentralen Zukunftsaufgabe werden. Das gesamte Bildungssystem muss umgebaut werden, damit die Kinder und Jugendlichen, unabhängig vom sozialen Status ihrer Eltern, bestmögliche Entwicklungsmöglichkeiten haben. Nur so kann die Grundlage einer vernünftigen Zukunft für sie gelegt werden.

Wenn verhindert werden soll, dass unsere Kinder Jahrzehnte für diese und folgende Krisen bezahlen, müssen wir alle etwas dagegen tun. Deshalb fordern wir alle auf, sich an den Protestaktionen und Demonstrationen im Herbst zu beteiligen.

Über diese Aktionen können Sie sich unter [www.dkp-frankfurt.de](http://www.dkp-frankfurt.de) informieren.



**“Frage an die Birthler-Behörde”**

**Frage:** In der DDR wurden von Arbeitern und Angestellten und durchschnittlich 2,8% des Nettoeinkommens für Miete und Nebenkosten aufgewendet. Könnte das in der BRD nicht auch möglich sein?

**Antwort:** Im Prinzip: Ja, nur dass wir hier die Freiheit haben, diese Preise ohne Bevormundung selbst gestalten zu können. Und wer – wie wir hier im Durchschnitt – ein Drittel seines Nettoeinkommens für die Miete ausgeben will, kann sogar einen Antrag auf Wohngeld stellen. Das war in der DDR nicht möglich.



Mit der 2009 im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse zeigt die Bundesregierung, wohin die Reise gehen soll:

Große Haushaltsposten, wie z.B. Sozialausgaben sollen nicht länger durch Kredite oder gar auf Kosten des Kapitals gezahlt, sondern gekürzt und gestrichen werden. Geld für Kapital und Militär soll dagegen genug übrig bleiben:

→ 31,1 Mrd. € pro Jahr für die Bundeswehr und ihre imperialistischen Kriegseinsätze, z.B. in Afghanistan

→ 123 Mrd. € als anteil am Euro-Rettungspaket

→ 165 Mrd. € wirft der deutsche Staat pro Jahr den Großkonzernen an Subventionen in den Rachen



**DKP Frankfurt**  
 Hansteinstr.4  
 60318 Frankfurt am Main  
 Telefon: 069 - 95 51 76 04  
 Fax: 069 - 95 51 76 05  
 email: [info@dkp-frankfurt.de](mailto:info@dkp-frankfurt.de)  
 Internet: [www.dkp-frankfurt.de](http://www.dkp-frankfurt.de)

**Die Welt von Kapital und Arbeit**

**Arbeitslosenquote sinkt in Frankfurt – oder?:**

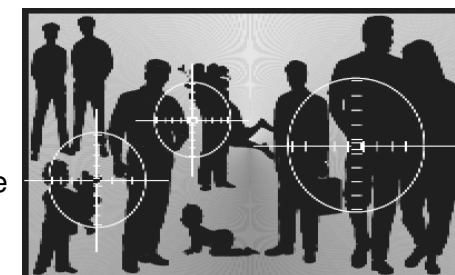
“Die Arbeitslosenquote in Frankfurt nimmt weiter ab. Im Stadtgebiet lag die Quote im Juni bei 7,8 Prozent, 0,1 Prozent unter der des Monats Mai. Im Vorjahr hatte die Arbeitslosenquote bei 8,4 Prozent gelegen.” So steht es in der Pressemitteilung der Arbeitsagentur Frankfurt vom 1. Juli 2010. Nun seid mal zufrieden, Leute, der Aufschwung ist da! Oder? Man vertraue nie einer Statistik auf den ersten Blick. Denn ob die Arbeitslosenquote steigt oder fällt oder gleich bleibt, wird entscheidend davon beeinflusst, wen wir “arbeitslos” nennen. Die Bundesagentur für Arbeit teilt dazu für den Kreis Frankfurt folgendes mit:

Komponenten der Unterbeschäftigung	Bestandsdaten	Veränderung gegenüber Vorjahresmonat	
	vorläufig	Vorjahresmonat	
	Juni 2010	Juni 2009	
		absolut	in %
<b>Arbeitslosigkeit (nach § 16 SGB III)</b>	<b>26.833</b>	<b>-1.659</b>	<b>-5,8</b>
Dazu kommen Personen in „Aktivierung“ und beruflichen Eingliederungs- und Trainingsmaßnahmen („Personen, die allein wegen §16 Abs. 2 SGB III und § 53a Abs. 2 SGB II nicht arbeitslos sind“)			
<b>= „Arbeitslosigkeit im weiteren Sinne“</b>	<b>30.049</b>	<b>-543</b>	<b>-1,8</b>
Dazu noch Personen in Beruflicher Weiterbildung, Ein-Euro-Jobber („Personen, die nah am Arbeitslosenstatus nach § 16 Abs. 1 SGB III sind“)			
<b>= „Unterbeschäftigung im engeren Sinne“</b>	<b>34.968</b>	<b>209</b>	<b>0,6</b>
Und schließlich noch Personen, die durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen unterstützt werden, da sie nicht zurechtkommen – vor allem Bezieher von Gründungszuschüssen („Personen in Arbeitsmarktpolitik fern vom Arbeitslosenstatus nach § 16 Abs. 1 SGB III“)			
<b>= „Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit)“</b>	<b>36.476</b>	<b>456</b>	<b>1,3</b>
Erstellungsdatum: Juni 2010, „Arbeitsmarkt in Zahlen. Report für Kreise und kreisfreie Städte“			

Lies: die Arbeitslosigkeit ist vom Juni 2009 auf Juni 2010 um 5,8% gesunken. Wenn wir allerdings alle Leute berücksichtigen, die zwar nicht offiziell “arbeitslos” sind, aber trotzdem keine Arbeit haben – besonders die Ein-Euro-Jobber, die allein schon 2.739 Personen ausmachen – tja, dann müssen wir feststellen, dass die Arbeitslosigkeit abgenommen hat, die “Unterbeschäftigung” aber ist um 1,3% gestiegen.

**Auch Du bist verdächtig**

... jedenfalls nach dem neuen Entwurf für ein Arbeitnehmer-Datenschutzgesetz, zu dem sich jüngst der Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar geäußert hat. Der Entwurf geht hinter schon bestehende Schutzrechte zurück. So soll es unter Umständen zulässig sein, Daten zu politischer Einstellung, Weltanschauung oder Gewerkschaftszugehörigkeit zu erheben, “wenn diese im Hinblick auf die Ausrichtung und die Art der Tätigkeit eine gerechtfertigte berufliche Anforderung darstellen”. Überwachung darf der “Leistungs- und Verhaltenskontrolle” dienen. So wird glasklar: jeder ist des Nasebohrens, der Bummelei, des Begehens von Vertragsverletzungen und jeder anderen Schlechtigkeit verdächtig. Mag er doch das Gegenteil erst mal beweisen!



Der Entwurfstext findet sich im Internet unter: [http://www.iitr.de/images/stories/referententwurf\\_beschaefigtendatenschutz.pdf](http://www.iitr.de/images/stories/referententwurf_beschaefigtendatenschutz.pdf)

**Rabe meint...**



Der Bundespräsident Horst Köhler trat Ende Mai zurück – ein in der Bundesrepublik Deutschland bisher einmaliger Vorgang. Über die Gründe des Rücktritts gab und gibt es Spekulationen. Eine nicht geringe Rolle spielt dabei ein Radiointerview, in dem Köhler u.a. sagte, dass der Grund einer deutschen Kriegsbeteiligung in einem anderen Land u.a. darin besteht, “dass ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit, auch wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren.” Ungewohnt klare Worte eines hochrangigen deutschen Politikers.

Ein paar Wochen später lesen wir in der Presse, dass US-Geologen in Afghanistan Bodenschätze im Wert von Billionen \$ gefunden haben. Es soll sich vor allem um Lithium handeln, benötigt in der Computerindustrie.

Wer eins und eins zusammenzählt, der weiss spätestens nach dieser Pressemitteilung: das Gerede vom Einsatz des Militärs in Afghanistan aus humanitären Gründen ist Volksverdummung.

Worum geht es wirklich ? - um knallharte wirtschaftliche Interessen! Und diese werden „verteidigt“ - sowohl in Afghanistan, wie auch in anderen Ländern, in denen die Bundeswehr aktiv ist.

Wir müssen uns gegen die Beteiligung Deutschlands am Krieg in Afghanistan **aktiv wehren.**

meint  
 Euer Rabe